

Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2015 Baugenehmigungen für rund 35 500 Wohnungen in 15 600 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Damit wurden fast 8 % oder annähernd 2 600 mehr Wohnungen genehmigt als 2014. Die Zahl der genehmigten Wohnungen stieg damit das siebte Jahr in Folge. Für diesen Zuwachs war die Genehmigungsentwicklung bei allen Wohngebäudearten verantwortlich. Die Nachfrage nach Einfamilienhäusern ist gestiegen. Deutlich mehr Wohnheime als letztes Jahr wurden genehmigt.

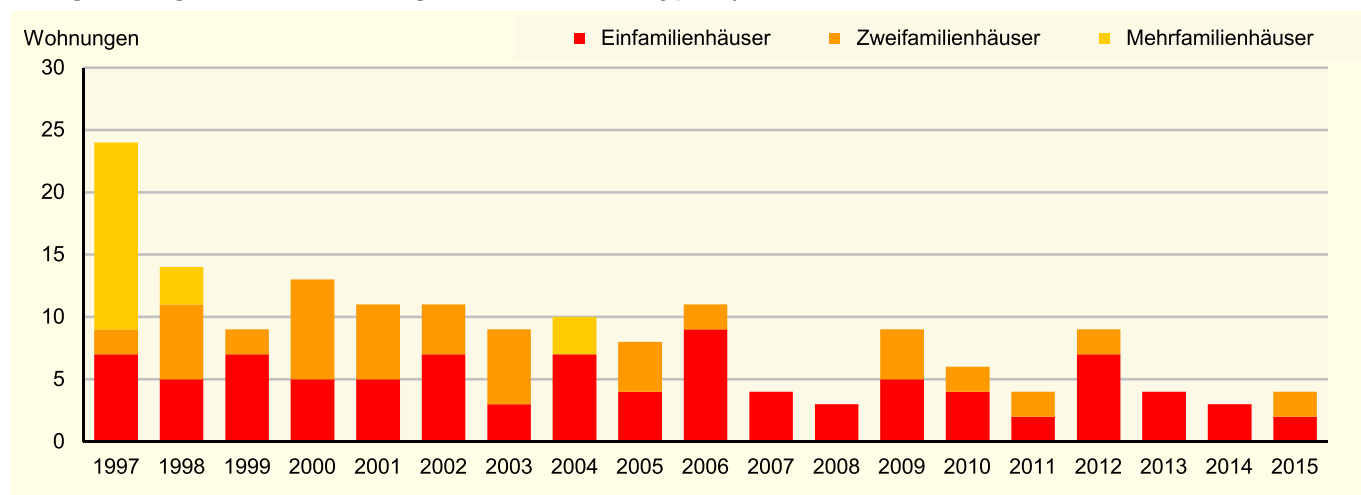
Bei den Baufertigstellungen war 2015 ein starkes Jahr. In 15 400 Wohngebäuden wurden rund 33 500 Wohnungen fertiggestellt. Das waren 1 550 Wohnungen mehr als 2014 und 4 600 mehr als 2013. Der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden betrug im Jahr 2015 74 %. 12 % der Gebäude waren Zweifamilienhäuser und 14 % Mehrfamilienhäuser. Der Trend zu immer größeren Neubauwohnungen scheint sich derzeit nicht mehr fortzusetzen.

Die durchschnittliche Wohnfläche in fertiggestellten Einfamilienhäusern betrug 2015 wie 2013 156 m² und lag damit 1 m² über 2012. Bei Zweifamilienhäusern lag die Wohnfläche bei 109 m² (2013: 110 m²). In Mehrfamilienhäusern ging die Wohnfläche 2015 zurück und betrug durchschnittlich 86 m², 2014 und 2013 waren es 89 m².

Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude

Jahr	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen							
	Wohn- gebäude	Wohnungen	Wohn- gebäude	Anteil nach Gebäudetyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudetyp		
				Einfam.- häuser	Zweifam.- häuser	Mehrfam.- häuser		Einfam.- häuser	Zweifam.- häuser	Mehrfam.- häuser
Anzahl			%			Anzahl	100 m²			
2007	6	6	4	100	–	–	4	6	–	–
2008	4	5	3	100	–	–	3	5	–	–
2009	3	4	7	71	29	–	9	8	4	–
2010	3	3	5	80	20	–	6	6	2	–
2011	8	10	3	67	33	–	4	4	2	–
2012	5	5	8	88	13	–	9	9	2	–
2013	5	5	4	100	–	–	4	6	–	–
2014	11	13	3	100	–	–	3	5	–	–
2015	2	2	3	67	33	–	4	3	2	–

Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen*)



Wohnen

Ende 2015 gab es in Baden-Württemberg rund 5 191 000 Wohnungen (einschließlich Wohnungen in Wohnheimen). Etwa 96 % der Wohnungen befanden sich in knapp 2 387 000 Wohngebäuden. Mit 61 % waren Einfamilienhäuser der häufigste Wohngebäudetyp. Ihr Anteil ist seit 1968 von 42 % kontinuierlich angestiegen. Rückläufig ist dagegen der Anteil von Zweifamilienhäusern, er ist landesweit von 27 % im Jahr 1968 auf 21 % im Jahr 2015 zurückgegangen. Der Anteil der Mehrfamilienhäuser stieg im selben Zeitraum leicht von 17 auf 18 %. Fast die Hälfte (49 %) der Wohnungen in Wohngebäuden befanden sich 2015 in Mehrfamilienhäusern. Diese Verteilung ändert sich nur im langfristigen Vergleich.

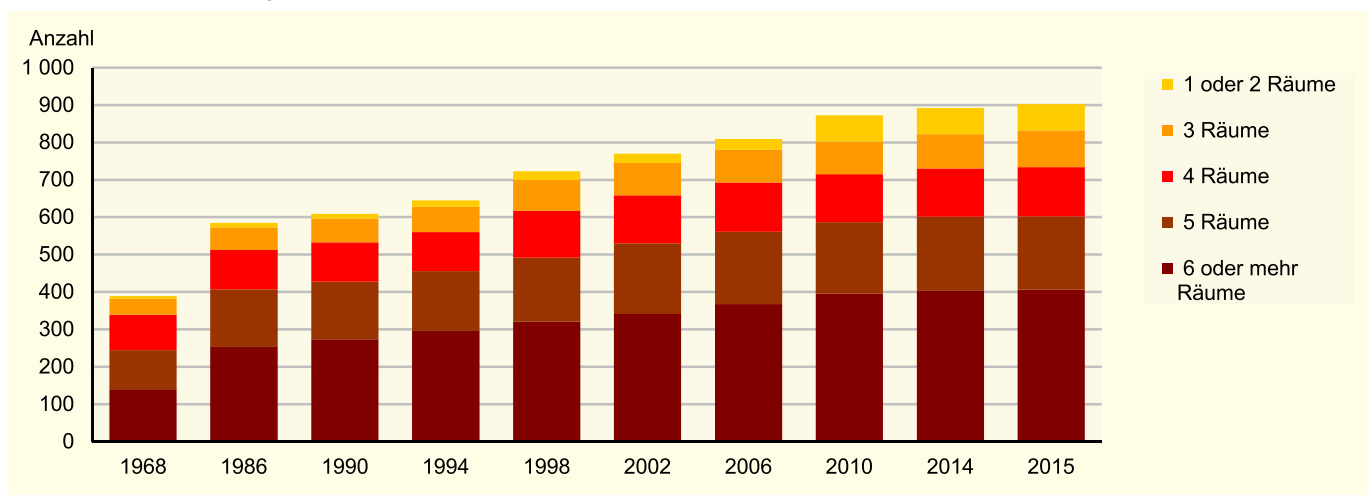
Der höchste Anteil an Einfamilienhäusern findet sich in ländlich geprägten Regionen. Mit gut 92 % war dieser in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen im Zollernalbkreis 2015 wie schon 2013 am höchsten. Den niedrigsten Anteil an Einfamilienhäusern hat mit 32 % die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis).

Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung im Bestand liegt derzeit (Ende 2015) bei 96,1 m². Im Vergleich zu 2003 bedeutet dies eine Zunahme um gut 5 m². Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum ebenfalls um 5 m². Jedem Einwohner Baden-Württembergs standen 2015 damit rein rechnerisch 45,9 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohn- gebäude insgesamt ²⁾	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ³⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohn- fläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
								Anzahl		m ²
1968	292	181	62	58	20	7	2	389	342	28
1986	435	322	74	96	22	17	4	585	272	39
1990	456	339	74	100	22	17	4	609	288	37
1994	482	354	73	109	23	19	4	645	280	39
1998	515	369	72	120	23	26	5	723	260	41
2002	549	392	71	130	24	27	5	770	257	42
2006	578	412	71	138	24	28	5	809	249	44
2010	596	424	71	133	22	38	6	872	231	49
2014	612	437	71	135	22	39	6	892	233	49
2015	615	439	71	136	22	39	6	902	227	50

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Parlamentswahlen

Bei der Wahl zum 16. Landtag von Baden-Württemberg am 13. März 2016 erreichten die GRÜNEN mit 30,3 % das beste Ergebnis bei einer Wahl und sind erstmals in ihrer Geschichte die stärkste Kraft bei einer Landtagswahl. Die CDU (27 %) und SPD (12,7 %) sanken auf ein Allzeittief, die AfD (Alternative für Deutschland) zog mit 15,1 % aus dem Stand in den Landtag ein und die FDP (8,3 %) konnte sich in ihrem Stammland leicht verbessern. DIE LINKE scheiterte mit 2,9 % abermals an der Fünfprozenthürde. Die Wahlbeteiligung ist nochmals deutlich gestiegen und lag bei 70,4 % (2011: 66,3 %, 2006: 53,4 %).

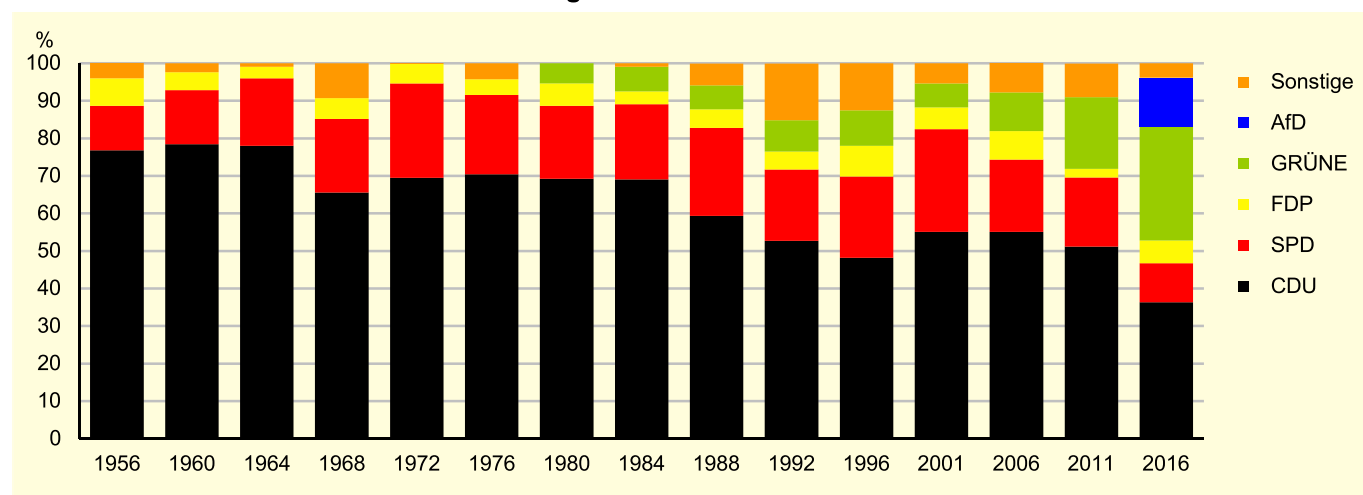
Von den 70 Erstmandaten gingen 46 an die GRÜNEN, 22 an die CDU und zwei an die AfD. Bei der Landtagswahl 2011 hatten die GRÜNEN nur 9 Erstmandate gewonnen, 60 gingen damals an die CDU und eines an die SPD. Der neue baden-württembergische Landtag besteht jetzt aus 143 (bisher 138) Abgeordneten. 47 Abgeordnete gehören den GRÜNEN an, dann folgen die CDU (42 Abgeordnete), die AfD (23 Abgeordnete), die SPD (19 Abgeordnete) sowie die FDP (12 Abgeordnete).

Der Frauenanteil an den Gewählten im baden-württembergischen Landtag stieg von bislang 18,1 % bei der Landtagswahl 2011 auf 24,5 % bei der Landtagswahl 2016. Bei den GRÜNEN sind die Anteile der Geschlechter fast ausgeglichen (47 % Frauen), bei der CDU sind es 17 %, bei der AfD 13 %, bei der SPD 11 % und bei der FDP lediglich 8 %.

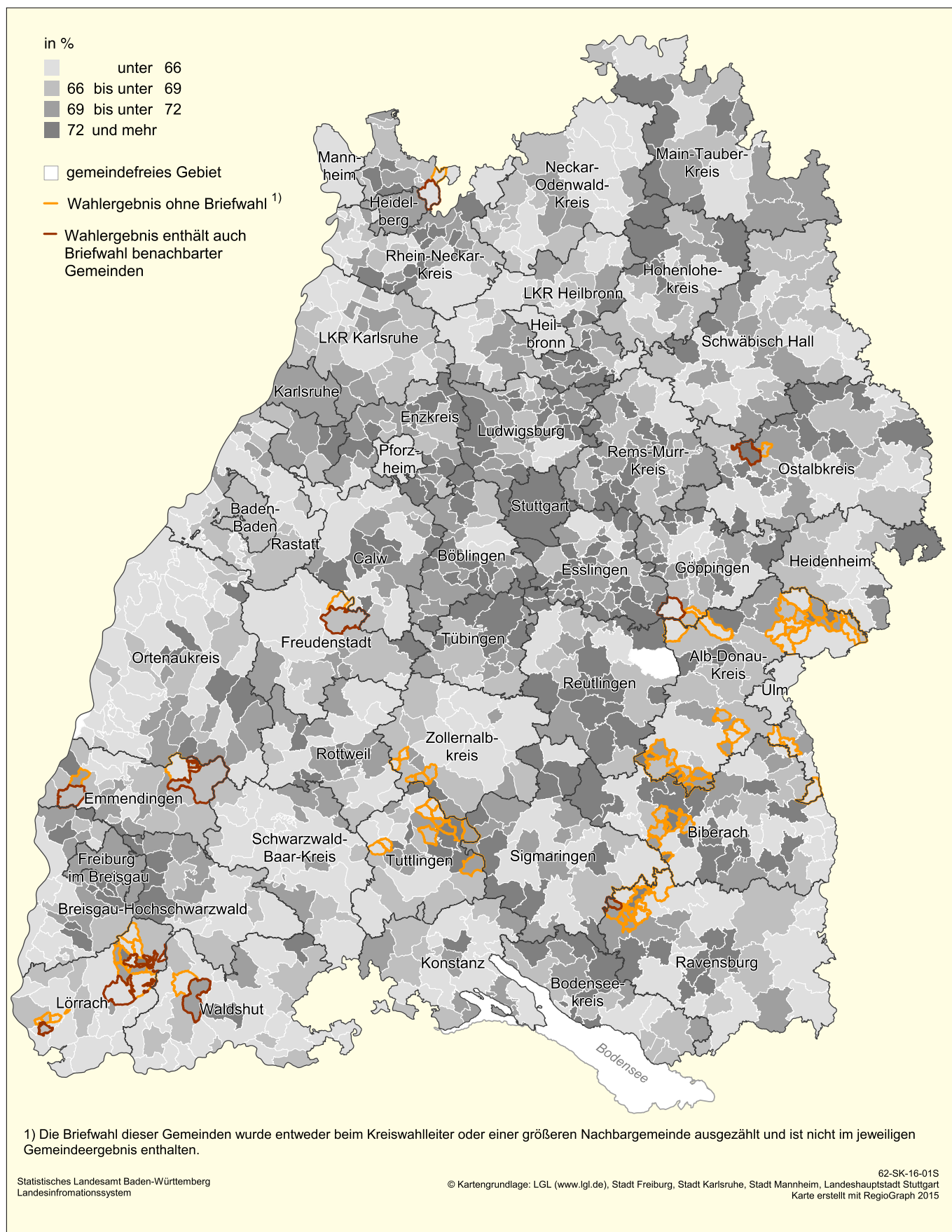
Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile ²⁾						
					CDU	GRÜNE	SPD	FDP	DIE LINKE	AfD	Sonstige
		Anzahl			% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte						
Landtagswahl 2016	ohne	1 484	954	71,7	36,3	30,3	10,4	6,1	1,2	13,1	2,6
Landtagswahl 2011	ohne	1 541	963	68,1	51,2	19,1	18,4	2,3	2,4	x	6,5
Veränderung		- 57	- 9	+ 3,6	- 14,9	+ 11,2	- 8,0	+ 3,8	- 1,2	+ 13,1	- 3,9
Bundestagswahl 2013	ohne	1 521	1 004	75,6	56,2	8,7	17,5	3,8	3,3	4,9	5,6
Bundestagswahl 2009	ohne	1 548	1 033	76,0	38,9	10,3	15,3	21,2	4,9	x	9,4
Veränderung		- 27	- 29	- 0,4	+ 17,3	- 1,6	+ 2,2	- 17,4	- 1,6	+ 4,9	- 3,8
Europawahl 2014	ohne	1 511	798	60,0	54,6	10,5	18,9	1,8	1,2	5,9	7,2
Europawahl 2009	ohne	1 536	863	59,8	49,7	12,8	12,4	13,0	0,7	x	11,4
Veränderung		- 25	- 65	+ 0,2	+ 4,9	- 2,3	+ 6,5	- 11,2	+ 0,5	+ 5,9	- 4,2

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2016 in den Gemeinden



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

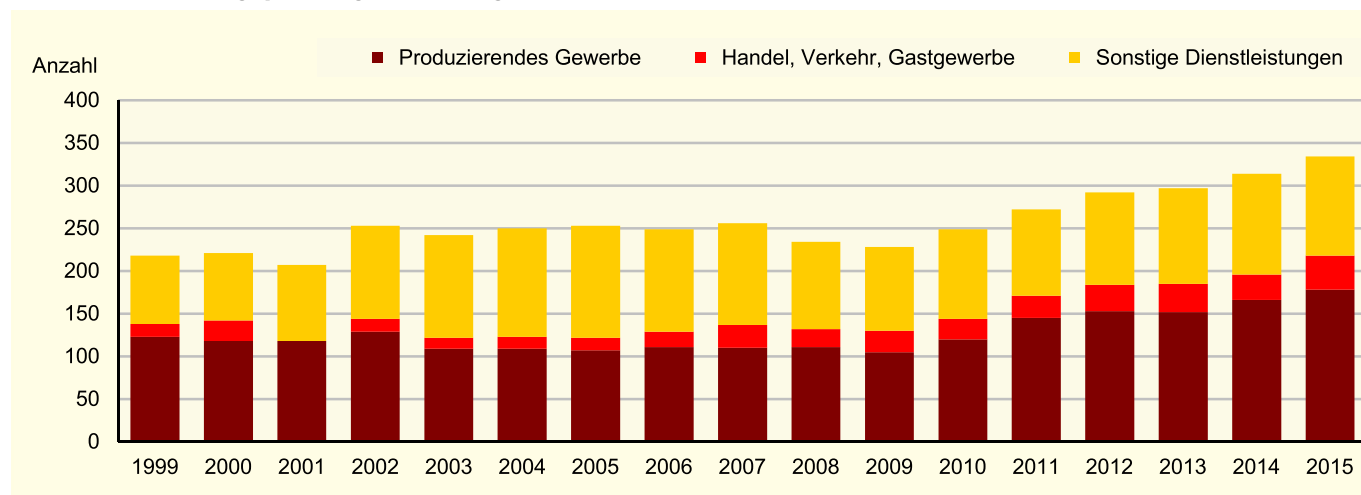
Zur Jahresmitte 2015 waren in Baden-Württemberg gut 4,36 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Davon waren knapp 2 Mill. Frauen. Insgesamt waren dies gut 630 000 (+ 17 %) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als 10 Jahre zuvor. 2015 waren 770 000 Personen, und damit rund 18 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 55 Jahre oder älter. 2005 betrug der Anteil mit 420 000 Personen noch 11 %. Neben der schnell steigenden Beschäftigung Älterer ist auch ein starker Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung zu beobachten. 2005 arbeiteten 640 000 Personen in Teilzeit, 2015 waren es 1,1 Mill. (+ 67 %). Während 2015 fast jede zweite Frau in Teilzeit arbeitete, war es 2005 noch jede Dritte.

Der wirtschaftliche Strukturwandel hat sich auch in den letzten 10 Jahren weiter fortgesetzt. Von 2005 auf 2015 erhöhte sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor von 57 auf 63 % auf insgesamt 2,8 Mill. Beschäftigte (+ 620 000 oder + 29 %). Gleichzeitig sank der Anteil des Produzierenden Gewerbes von 42 auf 36 % auf aktuell 1,6 Mill. (+ 40 000 oder + 2 %). 2015 waren 227 000 Menschen im Land ohne Arbeit, das waren rund 3 000 weniger als im Vorjahr. Im Bundesvergleich hatte 2015 nur Bayern mit 3,6 % eine geringere Arbeitslosenquote als Baden-Württemberg mit 3,8 %.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*)

Jahr	Beschäftigte		Und zwar ¹⁾				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl			%			Anzahl		%	
1999	226	120	56	54	7	35	.	.	.	.
2001	250	130	57	47	.	36	36	44	8	28
2003	252	126	60	43	5	48	40	50	15	10
2005	262	133	62	41	6	50	48	50	13	10
2007	262	130	57	42	10	45	38	61	11	16
2009	237	116	61	44	11	41	38	61	24	16
2011	279	137	53	52	9	36	25	64	12	16
2013	305	147	52	50	11	37	33	58	15	27
2015	343	166	52	52	12	34	25	.	.	28

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen



Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die bereinigten Einnahmen lagen 2015 mit 28,6 Mrd. Euro um 1,8 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 5,9 %). Gegenüber 2014 stiegen die Steuereinnahmen um 7,6 % auf 13,8 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) stieg um 9,4 % und beträgt nun 5,6 Mrd. Euro. Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2014 um 1 Mrd. auf 27,8 Mrd.

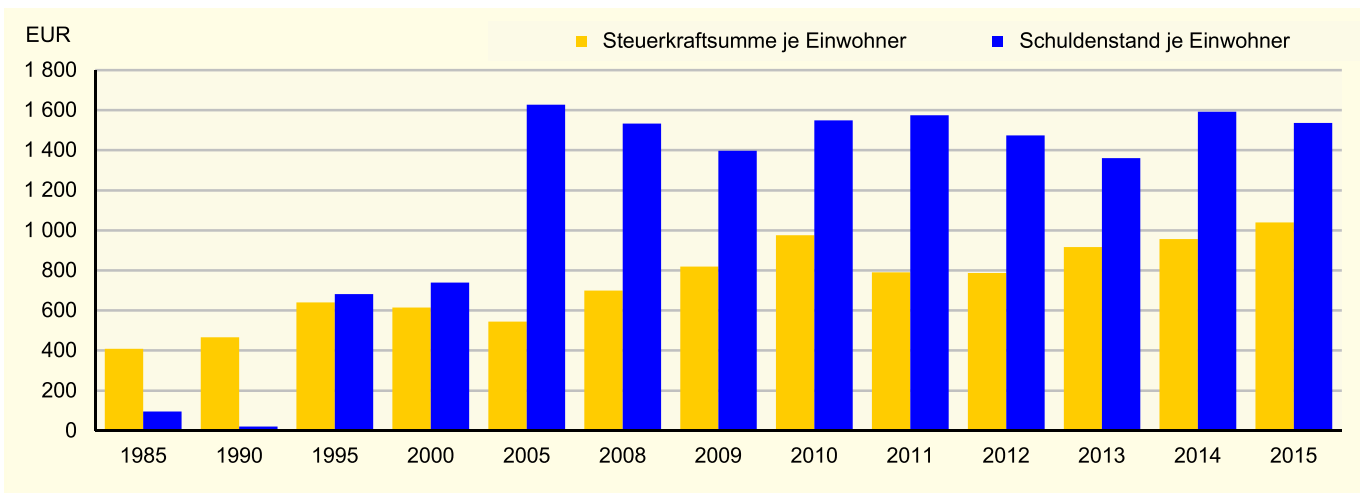
Die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betrugen am 31.12.2015 insgesamt rund 12,6 Mrd. Euro, wovon 6 Mrd. von den Kernhaushalten und 6,6 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 0,4 Mrd. Euro bzw. 2,9 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 169 Euro.

Am 30. Juni 2015 arbeiteten im kommunalen Bereich insgesamt 226 380 Personen, darunter 171 635 bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 150 555 Personen beschäftigt, bei den Eigenbetrieben 14 790 und in Krankenhäusern 6 285. Der Großteil der Beschäftigten im Kernhaushalt der Gemeinden (44 875 Personen oder 29,8 %) waren im Bereich Soziale Sicherung tätig.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme ¹⁾		Schuldenstand ²⁾		Gewerbesteuer		Personalstand ³⁾	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	531	340	335	216	89	57	5	.
1985	644	409	151	96	112	70	10	.
1990	780	467	36	21	107	62	10	.
1995	1 168	641	1 220	682	131	73	10	.
2000	1 160	614	1 423	739	172	89	10	10
2005	1 076	545	3 216	1 627	147	74	10	10
2010	1 995	976	3 152	1 549	135	66	10	10
2013	1 841	917	2 827	1 360	467	225	15	10
2014	1 958	957	3 256	1 592	474	231	10	10

Steuerkraftsumme und Schuldenstand



Wasserwirtschaft

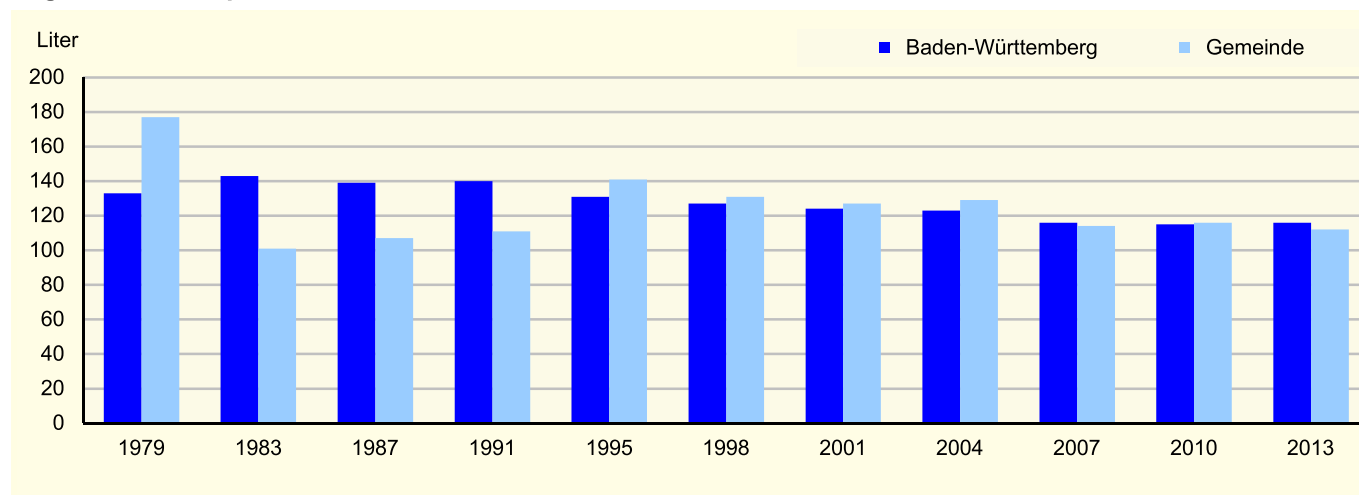
In Baden-Württemberg benötigte jeder Einwohner im Jahr 2013 durchschnittlich 116 Liter (l) Trinkwasser am Tag. Dagegen lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1983 noch bei 143 l. Höhere Energie- und Wasserpreise sowie ein gestärktes Umweltbewusstsein haben in den letzten Jahrzehnten die Verbreitung umweltfreundlicher Haushaltstechnik gefördert und das Verbraucherverhalten insgesamt verändert. Das Trinkwasser stammt aus lokalen Wasservorkommen und/oder aus Wasservorkommen jenseits der Gemeindegrenze mit regionaler oder überregionaler Bedeutung. Die Trinkwassergewinnung in wasserreichen Gebieten deckt den örtlichen Wasserbedarf (Trinkwasserabgabe insgesamt) oder übertrifft ihn und trägt dann zur (Verbund-) Versorgung anderer Gemeinden bei.

Der durchschnittliche Trinkwasserpreis liegt in Baden-Württemberg 2016 bei 2,11 €/m³. Die Einheitsgebühr beläuft sich auf 2,86 €/m³, die Schmutzwassergebühr bei Gebührensplittung auf 1,94 €/m³ und die Niederschlagswassergebühr auf 0,46 €/m². Seit 2010 stellten fast alle der 1 101 Gemeinden von der Einheitsgebühr auf die gesplittete Abwassergebühr um, die aus der Schmutzwassergebühr für die verbrauchte Trinkwassermenge und der Niederschlagswassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossene (versiegelte) Grundstücksfläche besteht. Zum Trinkwasserpreis kommt meist ein verbrauchsunabhängiger Grundpreis für die von den Wasserversorgern bereitgehaltene Infrastruktur und die Nutzung des Hauswasserzählers hinzu.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wasser- gewinnung insgesamt ¹⁾	Wasser- abgabe insgesamt ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher ³⁾			Trink- wasser- preis ⁴⁾ am 1.1.	Abwasser am 1.1.			
			zusammen	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf- Verbrauch		Einheits- gebühr	Schmutz- wasser- gebühr	Niederschlags- wassergebühr	
						1 000 m³				%
1979	128	10	118	100	85	177	0,31	0,41	.	.
1987	153	64	89	63	71	107	0,36	0,51	.	.
1995	140	44	96	91	95	141	0,65	1,18	.	.
2001	132	41	91	90	99	127	0,93	1,69	–	–
2004	96	1	95	93	98	129	1,18	2,95	–	–
2007	103	17	86	84	98	114	1,23	4,50	–	–
2010	95	7	88	86	98	116	1,23	–	2,60	0,80
2013	91	5	88	85	97	112	1,50	–	2,90	0,85
2016	...	...	...	...	...	...	1,50	–	2,90	0,85

Täglicher Pro-Kopf-Trinkwasserverbrauch



Umwelt

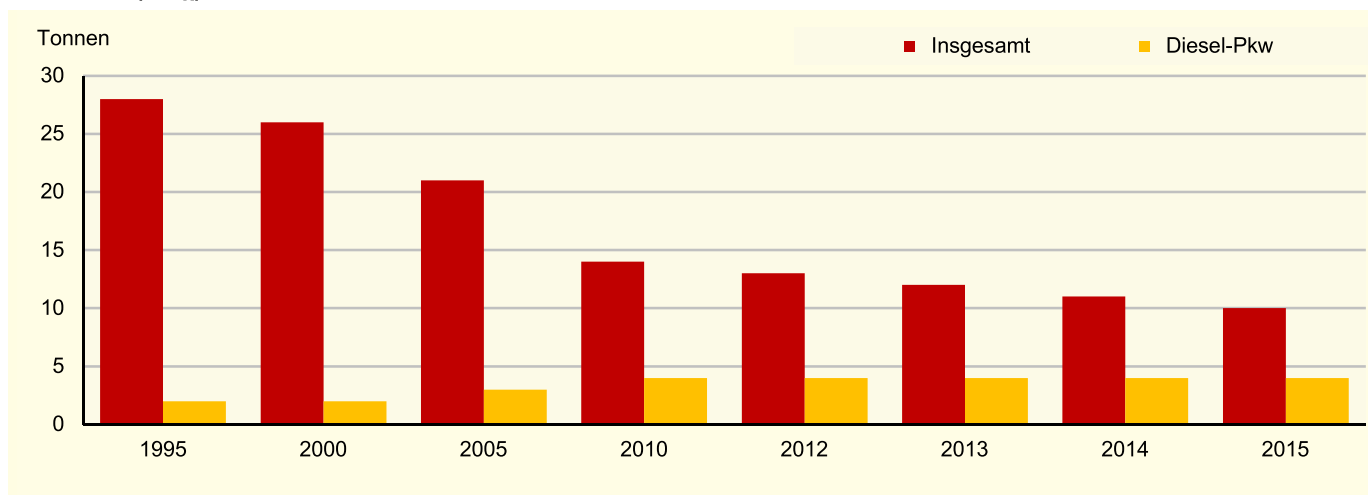
Die auf den Straßen im Land mit Kraftfahrzeugen jährlich zurückgelegten Entfernungen, die sogenannten Jahresfahrleistungen, weisen weiterhin eine steigende Tendenz auf. Insgesamt wurden im Jahr 2015 fast 98,5 Mrd. km mit Kraftfahrzeugen zurückgelegt, rund 2,1 % mehr als im Vorjahr. Den wesentlichsten Anteil daran hat der Verkehr mit Personenkraftwagen (Pkw), der im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 % zunahm und mit 86,1 Mrd. km gut 87 % der gesamten Jahresfahrleistungen im Land ausmacht. Davon werden mittlerweile rund 48 % von Diesel-Pkw erbracht, 10 Jahre zuvor waren es lediglich 34 %. Demgegenüber ist der Anstieg der Jahresfahrleistungen der Schwere Nutzfahrzeuge schwächer ausgeprägt und beträgt lediglich 0,2 %.

Trotz steigendem Trend bei Jahresfahrleistungen und Kraftstoffverbrauch haben die jährlichen Schadstoffemissionen durch stetig weiterentwickelte abgastechnische Maßnahmen an den Fahrzeugen mit Otto- und Dieselmotor spürbar abgenommen. So lagen die Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2015 nach vorläufigen Berechnungen bei 51 100 t, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von fast 8 % und gegenüber 2005 um 46 % entspricht. Für die Gesamtentwicklung haben die Diesel-Pkw mittlerweile mit einem Anteil von 47 % das größte Gewicht, während die Schwere Nutzfahrzeuge aktuell bei nur noch 34 % liegen. Vor 10 Jahren war dies noch umgekehrt – da lag der Anteil der durch Diesel-Pkw verursachten NO_x-Emissionen des Straßenverkehrs bei etwa 20 %, während die Schwere Nutzfahrzeuge fast 54 % umfassten.

Emissionen und Jahresfahrleistungen

Jahr ¹⁾	Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs ²⁾					Jahresfahrleistungen				
	Insgesamt	davon durch				Insgesamt	davon durch			
		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutz- fahrzeuge und Busse	Krafträder und leichte Nutz- fahrzeuge		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutz- fahrzeuge und Busse	Krafträder und leichte Nutz- fahrzeuge
Tonnen					Mill. km					
1995	28	2	8	18	1	17,2	3,3	11,3	1,7	0,8
2000	26	2	6	17	1	18,2	3,2	12,1	2,0	0,9
2005	21	3	3	14	1	17,8	5,4	9,7	1,9	0,7
2010	14	4	2	8	1	19,1	7,2	9,0	1,7	1,0
2012	13	4	1	6	1	19,6	7,7	9,0	1,8	1,0
2013	12	4	1	6	1	19,7	8,0	8,8	1,7	1,0
2014	11	4	1	5	1	20,2	8,4	8,8	1,8	1,1
2015	10	4	1	4	1	20,5	8,7	8,7	1,7	1,1

Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs



Verkehr

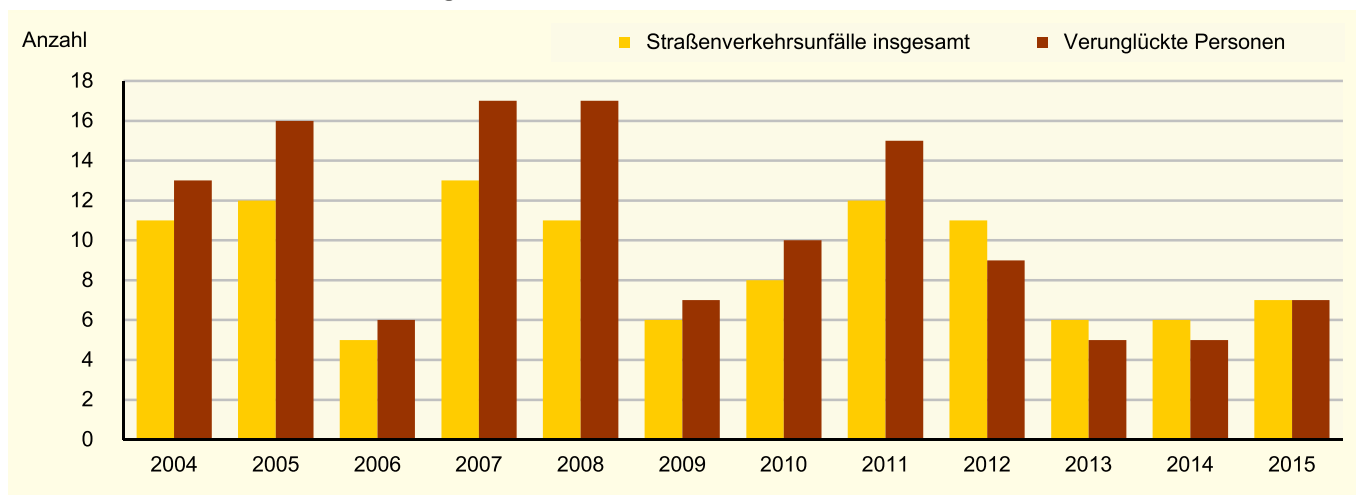
Der Bestand an Kraftfahrzeugen erhöhte sich in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren um 7 %. 2015 waren über 7,5 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) zugelassen, darunter fast 6,2 Mill. Pkw. Inzwischen sind mehr als zwei Drittel des Pkw-Bestandes gemäß den Emissionsgruppen 4 bis 6 schadstoffreduziert, doch führen alternative Antriebsarten mit einem Anteil 1,1 % immer noch ein Schattendasein. Nach wie vor erhöht sich der Motorisierungsgrad der Bevölkerung. Kamen 2011 noch landesweit 539 Pkw auf 1 000 Baden-Würtemberger, waren es 2015 schon 580. Zum Vergleich: In Deutschland lag dieser Wert bei 547 Kraftwagen. Die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Ausstattung der Bevölkerung mit Pkw sind zum Teil erheblich. Faktoren wie die örtliche Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr oder auch siedlungsstrukturelle Aspekte beeinflussen die Höhe der Pkw-Dichte maßgeblich. In den Universitätsstädten Heidelberg und Freiburg ist diese mit 381 bzw. 402 Pkw je Einwohner am niedrigsten.

Mit rund 49 000 Personen verunglückten 2015 mehr Menschen bei Verkehrsunfällen als im Jahr zuvor. Die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer erhöhte sich nach langjährigen Rückgängen auf 483, das waren 17 Personen mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Unfälle steigerte sich auf über 308 000, doch entstand bei 88 % der Unfälle lediglich Sachschaden.

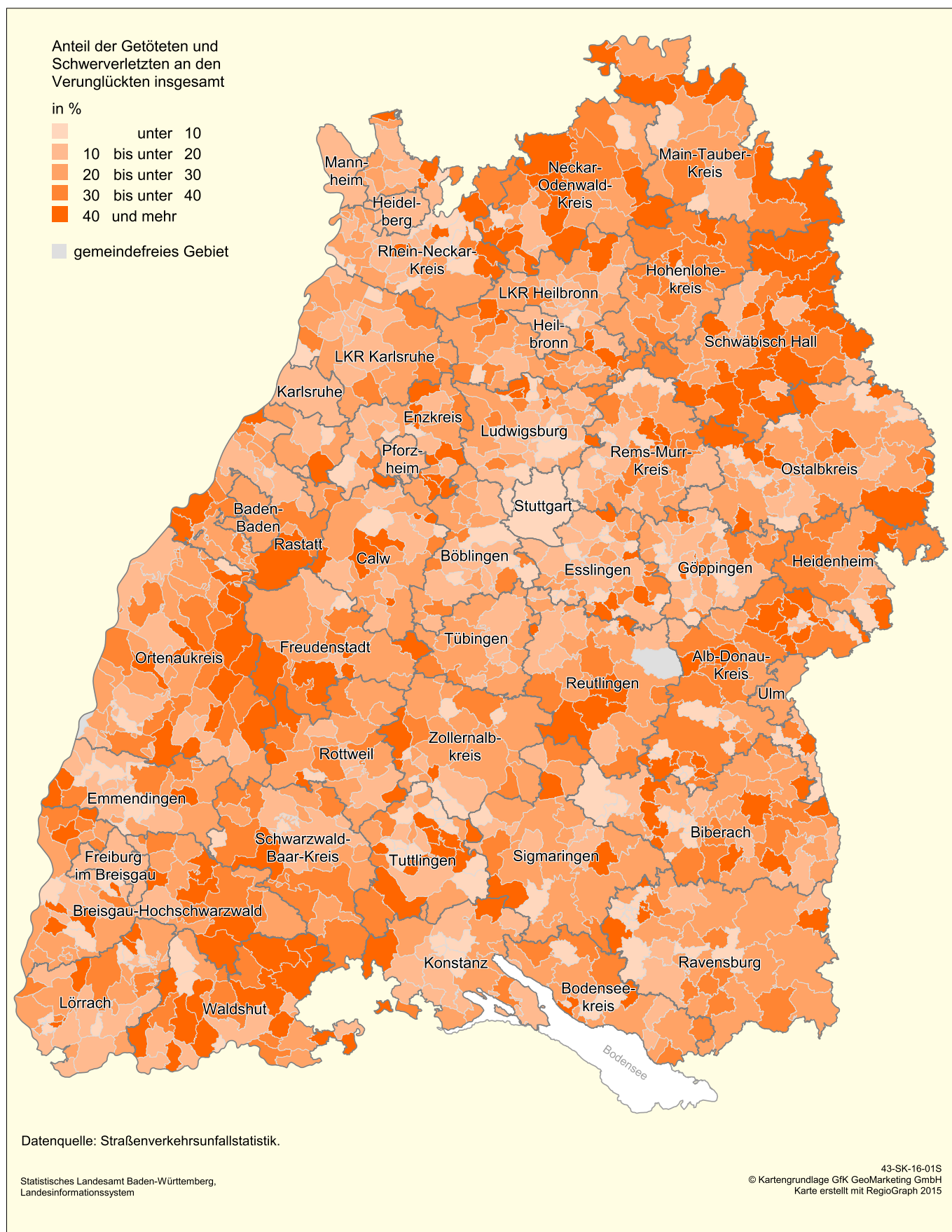
Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle ¹⁾		Ver- unglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personen- schaden		Getötete	Schwer- verletzte
		Pkw	Krafträder ²⁾						
1991	1 021	866	57	488	12	6	7	–	3
1995	1 127	946	66	528	9	7	13	–	2
1999	1 248	1 023	85	541	8	7	11	–	4
2003	1 333	1 088	104	549	5	3	5	–	1
2007	1 339	1 185	126	588	13	12	17	1	4
2011	1 328	1 160	136	576	12	6	15	–	4
2012	1 346	1 182	133	583	11	8	9	1	1
2013	1 455	1 216	137	588	6	4	5	–	1
2014	1 478	1 236	138	594	6	4	5	–	–
2015	1 502	1 254	142	603	7	4	7	–	2

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr in den Gemeinden 2015



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und im Vergleich

- 1) Siehe unter „Wohnen“, Fußnote 3).
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter „Bildung“, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter „Umwelt“, Fußnote 1) und 2).
- 5) Siehe unter „Verkehr“, Fußnote 1).
- 6) Siehe unter „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, Fußnote 1).
- 7) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011.
- **) Veränderungsrate 2011 einschließlich Zensus-Korrekturen.

Bevölkerungsvorausrechnung

- *) Datenquelle: Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen Basis 2014, Hauptvariante.
- **) Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – bis 2010 auf Basis Volkszählung 1987, 2011 bis 2014 auf Basis Zensus 2011, ab 2015 regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung.

Bildung

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Bis Schuljahr 2014/15 Sonderschulen.
- 5) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Bauen

- *) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnen

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres; 1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987; 2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.

- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

Parlamentswahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres. Arbeitslose: Jahresdurchschnitte.
- 1) Wirtschaftsgliederung:
 - 1999 bis 2002: Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993);
 - 2003 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003);
 - ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).
 Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.

Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

- *) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.
- 1) Steuerkraftsumme je Einwohner: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.
- 2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapierschulden, Kassenkredite).
Schuldenstand je Einwohner: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.

- 3) Im Rahmen der Personalstandstatistik wird die Geheimhaltung durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt.

Wasserwirtschaft

- 1) Örtliche und überörtliche (Gruppen- und Fernversorger) Wasserversorgungsunternehmen.
- 2) Wasserabgabe an Letztverbraucher einschließlich Leitungsverluste und Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Haushalte und Kleingewerbe, öffentliche Einrichtungen und industrielle Abnehmer.
- 4) Einschließlich Mehrwertsteuer.

Umwelt

- 1) Berichtsjahr 2015: vorläufige Werte.
- 2) Berechnet lt. Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA) Version 3.2 2014.

Verkehr

- *) Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt. Pkw-Dichte: Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.

Erhebungsmonat bis 2000: 01. Juli des Jahres; ab 2001: 01. Januar des Jahres.

Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.

Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.

- 1) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
- 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

Erläuterungen und Definitionen (alphabetisch)

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtig

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirtschaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst.

Die Bundesagentur für Arbeit hat rückwirkend ab 1999 im Rahmen einer umfassenden Revision der Beschäftigungsstatistik die Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten revidiert. Der Datenabgriff wurde präzisiert sowie die Abgrenzung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überprüft und um neue Personengruppen erweitert. Daher können die Daten in der aktuellen Ausgabe von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Bevölkerungsvorausrechnung

Ausgangspunkt für die neue Bevölkerungsvorausrechnung bis zum Jahr 2035 ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen

zum 31.12.2014 auf Basis Zensus 2011. Den Berechnungen liegen unter anderem ein leichter Anstieg der Geburtenrate bei gleichzeitiger Erhöhung des Durchschnittsalters der Frauen bei der Geburt und ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung um circa 2 Jahre zugrunde. Hinsichtlich der Wanderungen wurde in der Hauptvariante für das Jahr 2015 von einem Wanderungsgewinn von 125 000 Personen ausgegangen. Für die Folgejahre wurde der Wanderungssaldo abgesenkt: Für den Zeitraum 2015 bis 2020 auf einen Gewinn von durchschnittlich 73 000 und im Zeitraum 2021 bis 2035 auf einen Gewinn von durchschnittlich 22 000 Personen.

Die Quoten zur Entwicklung von Geburten und Sterbefällen sowie die regionalen Wanderungsverhältnisse werden gestützt auf einen zurückliegenden Zeitraum berechnet. Für die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle wurde davon ausgegangen, dass die Verhältnisse der Jahre 2011 bis 2014 weiterhin gelten. Bezüglich der Wanderungen wurden nur die Jahre 2013 und 2014 zugrunde gelegt, um den Sondereffekt des doppelten Abiturientenjahrganges 2012 nicht fortzuschreiben.

Die Annahmen zu den Wanderungen unterliegen komplexen Einflüssen wie zum Beispiel der wirtschaftlichen Entwicklung, politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Trends, Krisen in anderen Ländern. Die Wanderungen schwanken selbst auf Landesebene erheblich und je kleinräumiger die Betrachtung ist, umso mehr. Daher wurden neben der Hauptvariante der regionalen Vorausrechnung noch weitere Varianten gerechnet. Diese unterscheiden sich zum einen in den Wanderungsannahmen, zum anderen in den Annahmen zur Entwicklung innerhalb der für die regionale Vorausrechnung gebildeten Gemeindetypen (Cluster). Ein wahrscheinlicher Entwicklungskorridor bestimmt sich durch das höchste und niedrigste Ergebnis der gerechneten Varianten. Diese Ergebnisse stehen nur als Insgesamt-Werte für Gemeinden zur Verfügung. Sie sind nicht für höhere Gebietseinheiten aggregierbar.

Weitere methodische Hinweise unter: Hochstetter, B./Brachatschwarz, W.(2016): Schwierige Rahmenbedingungen für die neue Bevölkerungsvorausrechnung, in: Statistisches Monatsheft 2/2016.

Emissionen des Straßenverkehrs

Die Berechnung der Emissionen basiert auf den Fahrleistungen, differenziert nach Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien. Die entsprechend den Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien gegliederten Fahrleistungswerte werden mit spezifischen Emissionsfaktoren je Fahrzeuggruppe verknüpft. Zusätzlich werden die durch Kaltstarts der Pkw und

Lkw unter 3,5 t verursachten Emissionen an Hand der Zahl der Kaltstarts und zugehöriger Kaltstart-Emissionsfaktoren berechnet. Grundlage für die Ableitung dieser Emissionsfaktoren bietet das „Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA)“ in der Version 3.2 vom Juli 2014.

Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Bei den vorliegenden Flächennachweisungen handelt es sich um die Ergebnisse der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung 2014 zum Stand des Liegenschaftskatasters vom 31. Dezember 2015. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau- und Abbauland (zum Beispiel Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Gebäude- und Wohnungsbestand

Der Gebäude- und Wohnungsbestand wird berechnet, indem der Bestand des Vorjahres durch die Neubauten des Folgejahres ergänzt und um die „Abgänge“ von Gebäuden oder Gebäudeteilen vermindert wird. Abgänge entstehen zum Beispiel, wenn die Gebäudenutzung verändert oder ein Gebäude der Nutzung entzogen wird. Dies kann durch Gebäudeabbruch, einen Schadensfall oder Baumaßnahmen geschehen.

Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung. Sie soll individuelle Lern- und Förderpläne für alle Schülerinnen und Schüler bieten. Die Gemeinschaftsschule versteht sich als inklusive Schule, arbeitet in Lerngruppen, Noten (außer in den Abschlussklassen) müssen nicht gegeben werden. Auch „Sitzenbleiben“ gibt es nicht.

Jahresfahrleistungen

Die Ermittlung der Fahrleistungen je Fahrzeuggruppe auf Autobahnen und sonstigen Außerortsstraßen sowie auf Ortsdurchfahrten (klassifizierten Innerortsstraßen) erfolgt ausgehend von der Straßendatenbank des Landes sowie den Ergebnissen der Straßenverkehrszählungen 1985, 1990, 1995, 2000, 2005 und 2010. Die Fortschreibung für die Jahre zwischen den ausführlichen Straßenverkehrszählungen erfolgt anhand der laufenden Berechnungen der Fahrleistungen auf der Basis der automatischen Zählstellen. Aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethodik bei den ausführlichen Straßenverkehrszählungen ab 2005 handelt es sich teilweise um revidierte Werte.

Letztverbraucher

Letztverbraucher im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen, mit denen das Wasserversorgungsunternehmen das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Zweckverbänden an Mitglieder ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und

B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Stickoxide

Stickoxide (NO_x) entstehen bei Verbrennungsprozessen, die mit hohen Temperaturen erfolgen. Unter diesen Bedingungen gehen der Stickstoff und der Sauerstoff der Luft eine feste Verbindung ein. Es entsteht Stickstoffmonoxid (NO), das an der Luft zu Stickstoffdioxid (NO_2) oxidiert wird. Das genaue Mengenverhältnis zwischen NO und NO_2 lässt sich messtechnisch unter atmosphärischen Bedingungen nur schwer angeben. Als Kürzel für Stickoxide wird deshalb meist NO_x verwandt. Stickoxide sind wie Schwefeldioxid an der Bildung der sauren Niederschläge beteiligt. Zwischen SO_2 und NO_2 bestehen bei direkter Wirkung auf die Blattorgane wirkungsverstärkende Beziehungen. Von großer Bedeutung für das Waldsterben sind wahrscheinlich Stickoxide als Ausgangssubstanz für sekundäre Luftverunreinigungen wie Ozon und andere Photooxidantien.

Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren

Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $\text{VZÄ} = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wassergewinnung

Gewinnung von Grund-, Quell- und Oberflächenwasser sowie Uferfiltrat durch Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung zu Zwecken der Versorgung mit Trinkwasser.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, zum Beispiel gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen
Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regi-
onen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktu-
elle und historische baden-württembergische und
deutsche Statistik sowie für baden-württembergische
Landeskunde
Telefon 0711/641-28 76, Telefax - 29 73
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen
aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax - 13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de